

1 Antrag A5:

2 **Spandau stabil queerfeministisch – solidarisch mit**
3 **Sexarbeitenden und gegen repressive Politik**

4 *Antragstellende: AG Feminismus*

5 Der Bezirksparteitag möge beschließen:

6 Wir benennen die politische Verbindung von Queer- und Transfeindlichkeit, Rassismus und
7 der Stigmatisierung von Sexarbeit: Sie beruhen auf normierenden Vorstellungen von
8 Geschlecht, Sexualität und gesellschaftlicher Ordnung und richten sich insbesondere gegen
9 Menschen in prekären Lebenslagen.

10 Wir wenden uns gegen jede Form von Stigmatisierung und Kriminalisierung sowie gegen
11 strafrechtsfeministische und ordnungspolitische Ansätze, die auf Kontrolle, Moralisierung
12 und Ausgrenzung setzen.

13 Die Linke Spandau positioniert sich klar queerfeministisch und solidarisch an der Seite von
14 Sexarbeitenden. Wir setzen uns für die Rechte von Sexarbeitenden und den Ausbau von
15 Schutz- und Unterstützungsstrukturen ein.

16 Der Bezirksverband verpflichtet sich:

17 1. Differenzierte Auseinandersetzung organisieren

18 Der Bezirksverband organisiert zeitnah eine Informations- und Diskussionsveranstaltung zur
19 Verschränkung von Queer-, Trans- und Sexarbeitsfeindlichkeit sowie zur Kritik an weißem
20 Feminismus und strafrechtsorientierten Ansätzen. Dabei sind insbesondere die
21 Differenzierung von Begriffen, die Vielschichtigkeit von Sexarbeit sowie die Anerkennung
22 von Selbstbestimmung, auch unter prekären Bedingungen, zu berücksichtigen.
23 Perspektiven von Selbstvertretungen und Fachstellen sind einzubeziehen.

24 2. Delegierte vorbereiten

25 Delegierte zu Landes- und Bundesparteitagen setzen sich vor Abstimmungen aktiv mit
26 entsprechenden Anträgen auseinander. Relevante Anträge werden im Bezirksverband
27 gemeinsam beraten. Perspektiven von Selbstvertretungen sollen einbezogen werden.

28 3. Politisch wirken

29 Delegierte wirken innerparteilich auf Landes- und Bundesebene darauf hin, dass
30 queerfeministische Positionen gestärkt und kriminalisierende, strafrechtsorientierte sowie
31 ordnungspolitisch-moralisierende Ansätze zurückgewiesen werden.

32 4. Mandatsträger*innen einbeziehen

33 Mandatsträger*innen werden aufgefordert, diese Beschlusslage in ihrer politischen Praxis
34 zu berücksichtigen und sich bei entsprechenden Fragestellungen fachlich beraten zu
35 lassen.

36 Begründung:

37 Der gesellschaftliche Rechtsruck geht mit einer Zunahme queer- und transfeindlicher
38 Mobilisierung, rassistischer Politiken und einer Verschiebung hin zu autoritären,
39 ordnungspolitischen Antworten einher.

40 Aktuell zeigt sich dies auch in der Debatte um die Evaluation des
41 Prostituiertenschutzgesetzes (ProstSchG) und in den zugehörigen politischen Diskursen –
42 auch über konservative Parteien hinaus. Sexarbeit wird stigmatisierend und moralisierend
43 verhandelt. Zudem wird verstärkt auf repressive politische Antworten gesetzt.

44 Sexarbeitende, insbesondere queere, trans und migrantische Personen, sind von diesen
45 Entwicklungen in besonderer Weise betroffen. Politiken der Kriminalisierung und Kontrolle
46 verschärfen ihre Lebensrealitäten, verdrängen sie in unsichere Arbeitsbedingungen und
47 erschweren den Zugang zu Schutz und Rechten.

48 Auch innerhalb der Linken bestehen Konflikte im Umgang mit Sexarbeit, Queerfeminismus
49 und strafrechtsorientierten Ansätzen – dies zeigt sich auch in aktuellen Anträgen an den
50 Bundesparteitag. Umso wichtiger ist eine klare, solidarische und emanzipatorische
51 Positionierung unseres Bezirksverbandes.

52 Als Bezirksverband Spandau leisten wir einen aktiven Beitrag. Wir setzen eine
53 queerfeministische, intersektionale Perspektive entgegen: Wir verbinden Kämpfe gegen
54 Queer- und Transfeindlichkeit, Rassismus und die Stigmatisierung von Sexarbeit. Wir
55 stärken Rechte statt Repression und stellen die Selbstbestimmung sowie die
56 Lebensrealitäten der Betroffenen in den Mittelpunkt.